

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Gehring

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Martin Güll

Abg. Eva Gottstein

Abg. Renate Will

Abg. Berthold Rüth

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu Tagesordnungspunkt 2:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN**

**"Schluss mit der Übertrittsauslese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren"**

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Nun kommen wir zum Fortgang der Tagesordnung. Ich rufe als ersten Redner den Kollegen Thomas Gehring auf.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultusminister Spaenle hatte sich aufs Panier geschrieben, dass er die Übergänge in unserem Bildungswesen optimieren will. Das ist sicher richtig. Ich denke nur an den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. Das sind zwei unterschiedliche Systeme, zwei unterschiedliche Kulturen, und es sind auch zwei unterschiedliche Ministerien dafür zuständig. Die paar Modellversuche, die Sie jetzt auf den Weg bringen, sind sicher noch zu wenig.

Notwendig ist es auch, den Übergang von der Schule zur Hochschule oder von der Schule ins Berufsleben und ins Ausbildungswesen zu verbessern. Wir haben gerade auf dem beruflichen Gebiet große Probleme. Meine Kollegin Simone Tolle hat dazu schon

Vorschläge gemacht. Wir werden darüber sicher diskutieren. Die Schule endet irgendwann. Dann kommt ein neues System, und damit gibt es Übergangsprobleme.

Beim Übergang von der vierten Klasse Grundschule in die fünfte Klasse der weiterführenden Schule sind die Probleme hausgemacht. Diese Probleme bestehen innerhalb des Systems Schule. Sie sind auf eine fehlerhafte Schulpolitik in Bayern zurückzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestern war für 120.000 Kinder in Bayern ein zweifelsohne wichtiger Tag, an dem die Übertrittszeugnisse übergeben wurden - ein Tag, an dem über Wohl und Wehe in der weiteren Schullaufbahn entschieden wurde, ein Tag, der von vielen als problematisch empfunden wird, ein Tag, dem problematische Wochen und Monate mit vielen Enttäuschungen, großem Druck, großem Ärger und großer Unzufriedenheit mit dem Schulsystem vorausgegangen sind. Unzufriedenheit besteht vor allem mit der Situation, dass die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse auf drei weiterbildende Schulen verteilt werden. Hier erfolgt nicht nur ein Übergang, sondern hier werden die Schülerinnen und Schüler ausgelesen und sortiert. Die Schülerinnen und Schüler werden auf unterschiedliche Schularten verteilt. Hier wird im Alter von neun oder zehn Jahren mit Prognosen über die weitere Schullaufbahn selektiert. Es ist absurd, die Kinder in diesem Alter aufzuteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist absurd, in diesem Alter Prognosen über den weiteren Bildungsweg und Bildungserfolg, letztlich schon über die zukünftige berufliche Tätigkeit dieser Kinder abzugeben. Das macht niemand mehr in Europa, außer uns in Deutschland und insbesondere uns in Bayern. Dieses Verfahren erzeugt großen Druck. Es ist in keinem Bundesland so rigide geregelt wie in Bayern. Der Elternwille wird in Bayern am wenigsten berücksichtigt.

Ich weiß, dass Sie jetzt wieder auf die Untersuchung von Prof. Baumert hinweisen werden, der sagt, dass der Elternwille etwas mit den sozialen Hintergründen zu tun hat. Das

ist eine andere Ebene, auf der wir diskutieren. In keinem Bundesland ist die soziale Ungerechtigkeit beim Übertritt auf die weiterführenden Schulen so groß wie in Bayern. Ein Akademikerkind hat bei gleicher Kompetenz eine sechsmal größere Chance, aufs Gymnasium zu gehen, als ein Kind eines Nichtakademikers. Damit werden die Chancen der bildungsferneren Schichten in Bayern verringert. Der Übertritt ist eine soziale Falle für diejenigen, die schlechtere soziale Voraussetzungen haben. Sie ist eine Falle für die Jungs, die nicht so weit entwickelt sind wie die Mädchen, wie wir feststellen müssen. Er ist eine Falle für Kinder mit Migrationshintergrund und schlechten sprachlichen Voraussetzungen, die in diesem Alter sprachlich noch nicht so weit sind wie die anderen. Wir haben große regionale Unterschiede, die hier schon oft angesprochen worden sind.

Mit diesem Übertrittsverfahren wird eine Scheinobjektivität hergestellt. Es ist aber kein Verfahren, das den Kindern, den Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Die Kinder leiden unter einem großen Druck, haben psychosomatische Probleme. Außerdem erleben sie viel Frustration und Enttäuschung. Wenn ich den genannten Druck kritisiere, richtet sich dies nicht gegen die Leistung und nicht gegen die Anstrengung. Die Bereitschaft, sich anzustrengen, ist ein wichtiges Prinzip in der Bildung. Wir müssen alle lernen, uns anzustrengen, etwas durchzuhalten und Herausforderungen anzugehen. Mit diesem Übertrittsverfahren wird Leistung jedoch geschmälert. Dieses Übertrittsverfahren produziert zu viele Verlierer. Viele Schüler, die mit großer Leistungsbereitschaft die Schule besucht haben, denken: Das kann ich eh nicht, dafür bin ich zu dumm, das schaffe ich nicht. Dies geschieht bereits in einem Alter von neun oder zehn Jahren.

Dieses Übertrittsverfahren fördert ein Lernen und Bewerten im Gleichschritt. Die Lehrerinnen und Lehrer sprechen sich ab und schreiben zum gleichen Zeitpunkt die Proben. Mit dem festgelegten Prüfungszeitraum wird dies noch verstärkt. Dieses Verfahren fördert das Lernen im Gleichschritt und schadet der individuellen Förderung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aufgrund ihres unterschiedlichen Lerntempos lernen die Kinder unterschiedlich. Sie entwickeln individuelle Zugänge und kreative Lösungen, die nicht alle falsch sind und bei denen der Pädagoge ansetzen kann, damit sie weiterlernen. Diese individuellen Fähigkeiten werden durch das Übertrittsverfahren kahlgeschoren. Die Individualität bleibt auf der Strecke.

Wir haben schon oft darüber diskutiert, dass besonders die Eltern den Druck erzeugen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies hat etwas mit der Logik des Systems zu tun. Eltern erleben dieses Bildungssystem am eigenen Leib als ein selektives Bildungssystem. Jeder sagt sich: Ich will mein Kind mit allen Mitteln durch dieses System bringen; wenn es sein muss, auch mit dem Rechtsanwalt. Wir als Bildungspolitiker, die verantwortlich für die Rahmenbedingungen dieses Bildungssystems sind, dürfen nicht an die Eltern appellieren. Stattdessen müssen wir die Logik dieses Systems ändern, damit sich bei den Eltern etwas verändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich hat die Staatsregierung die Probleme registriert. Die Probleme lassen einen gesellschaftlichen Druck auf die Politik entstehen. Aus diesem Grund wurden neue Begriffe wie "Übertrittskorridor" oder "Gelenkklasse", in der alles besser werden soll, erfunden. Auf der Grundlage der Diskussionen im Bildungsausschuss ist klar geworden, dass es sich ebenfalls um ein Sortieren und Nachsortieren handelt. Schülerinnen und Schüler werden wieder nach Leistung getrennt. Die Sortieranstalt, die es in der vierten Klasse gibt, wird einfach weitergeführt. Die Vorlage, die wir im Ausschuss erhalten haben, wurde in derselben Ausschusssitzung wieder zurückgezogen und als veraltet hingestellt. Dazu kann ich nur sagen: Diese Gelenkklasse hat Arthrose, und die tut langsam weh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Minister wird heute sein Monitoring vorstellen. Monitoring ist gut. Die Frage ist nur, womit sich dieses Monitoring genau befasst. Ich schlage Ihnen vor, dass Sie mit

dem Herumdoktern am Übertrittsverfahren aufhören und das Auslesen in der vierten Klasse beenden. Schaffen Sie stattdessen eine Schule des gemeinsamen Lernens. Zwar wird es ebenfalls einen Übergang von Klasse vier zu Klasse fünf geben - vielleicht in ein anderes Gebäude -, jedoch sollte es sich um die gleiche soziale Gruppe handeln. Wünschenswert wäre ebenfalls das Hineinwachsen in eine andere Unterrichtskultur sowie die Einführung zusätzlicher Fächer. Im Rahmen des gemeinsamen Lernens würden die Schülerinnen und Schüler jedoch nicht in Schubladen gesteckt, in die sie nicht hineinpassen. Sie würden ebenfalls nicht entmutigt werden. Wenn wir dieses Sortieren beenden - das ist das Wichtigste -, haben wir mehr Zeit für die individuelle Förderung. Eine Schule, die Kinder sortiert, wird ihnen nicht gerecht, weil sie nicht ausreichend individuell fördert. Die Ressourcen und das pädagogische Know-how sollten in die individuelle Förderung der Kinder gesteckt werden.

An der Schule des gemeinsamen Lernens - man kann sie Gemeinschaftsschule oder neue bayerische Sekundarschule nennen, wie Sie wollen - würden alle Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Ziele erreichen, jedoch würden sie alle möglichst gleich weit kommen. Zudem wäre ein anderer Unterricht möglich.

Hören Sie auf, eine Politik zu machen, aufgrund derer von den Übertrittsquoten auf die Akademikerquoten oder Facharbeiterquoten geschlossen werden kann. Dies wird der Komplexität dieser Gesellschaft nicht gerecht. Dies wird den Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Es handelt sich dabei um Schubladen, die nicht mehr existieren. Ich habe gehört, dass in der Hauptschule kognitiv reduziert unterrichtet wird. Dabei frage ich mich, welches Bild Sie von Handwerkern haben. Ist der Handwerker kognitiv reduzierter als ein Facharzt? Was soll das eigentlich? Wir brauchen eine breite Bildung für alle Jugendlichen. Wir brauchen eine individuelle Förderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen muss das Sortieren nach der vierten Klasse beendet werden. Eine Schule, die eine Sortieranstalt ist, egal ob sie ab der vierten Klasse oder in Zukunft ab der fünften

Klasse sortiert, wird den Kindern nicht gerecht. Wir brauchen eine andere Schule, eine Schule, die Kinder individuell fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde hätte auch "The same procedure as every year" heißen können.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist es!)

Jedes Jahr und jedes halbe Jahr diskutieren wir das gleiche Thema. Wir diskutieren über die Strukturdebatte.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jedes Jahr leiden Kinder darunter!)

- Wissen Sie, ich habe dem Kollegen eben auch zugehört. Ich habe nicht hereingeschrien. Es wäre sehr freundlich, wenn Sie mich ausreden lassen würden. Im Anschluss können Sie gerne weitere Fragen stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie bereits gesagt, diskutieren wir jedes halbe Jahr hier im Plenum. Wir diskutieren regelmäßig im Bildungsausschuss. Wir führen die Strukturdebatte. Leider diskutieren wir nicht darüber, was wir den Kindern mitgeben wollen.

Außerdem diskutieren wir nicht über die Lerninhalte. Sicherlich kennen Sie den Aufsatz "Bildungsgang und Schulstruktur" von Professor Jürgen Baumert und Cordula Artelt. Aus diesem Aufsatz darf ich kurz zitieren: "In Deutschland wird die Frage der pädagogischen Gestaltung der Schule immer neu überlagert von der Diskussion über die Organisationsstruktur des allgemeinbildenden Schulwesens." Ich bitte Sie noch einmal: Lassen Sie

uns die Strukturdebatten beenden und miteinander darüber diskutieren, was unsere Kinder lernen sollen. Entscheidend ist nicht, wo man etwas gelernt hat, sondern was man gelernt hat. Hervorzuheben ist, dass, obwohl wir ständig das Gleiche diskutieren, unser Staatsminister Dr. Spaenle und unser Staatssekretär Dr. Huber in der Lage sind, ihre Arbeit weiterhin so gut zu machen, dass unsere Schulen unter unseren Debatten nicht leiden, sondern weiterhin hervorragend funktionieren.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir müssen darüber beraten, wie es weitergehen soll. Laut Studie des Allensbacher Instituts können wir offensichtlich in der Bildungspolitik nicht alle zufriedenstellen. Alle haben ungefähr die Note drei. Bayern schneidet mit einer Drei minus am besten ab. Sie könnten jetzt zu Recht einwerfen, dass eine Drei minus nicht besonders gut sei. Jedoch ist eine Drei minus in der Studie immer noch die beste Note. Dies bedeutet, dass wir offensichtlich nicht in der Lage sind, die gesamte Schulfamilie glücklich zu machen.

Liebe Opposition, ich verstehe natürlich, dass Sie versuchen, gerade den unzufriedenen Teil zu mobilisieren und anzusprechen. Das gibt eine schöne Schlagzeile. Solange die Koalition in der Form besteht, bleibt auch das Bildungssystem. Das Bildungssystem ist ein gutes Bildungssystem.

Ich könnte es mir leicht machen und die gesamten Übertrittsreden, die ich in den letzten eineinhalb Jahren gehalten habe, erneut herausholen. Offen gestanden habe ich jedoch keine Lust mehr, das Übertrittsverfahren ein weiteres Mal zu erklären. Wir alle erhalten unsere Diäten, damit wir uns darüber informieren, wie das Kultusministerium arbeitet. Dort kann man sich darüber informieren, aus welchen Gründen an dem Übertrittsverfahren festgehalten wird.

In meinem Stimmkreis besuche ich derzeit 26 Grundschulen, um zu erfahren, ob die Diskussionen, die wir im Landtag führen, auch in den Schulen von Bedeutung sind. Diskutieren wir nicht ein Stück weit an der Sache vorbei? In den Grundschulen, die ich bis jetzt besucht habe - das ist die Hälfte der Grundschulen in meinem Stimmkreis -, hat

keine einzige das Thema Einheits- oder Gesamtschule benannt. Wichtig waren stattdessen folgende Fragen: Wie ist die Unterrichtsversorgung? Sind die Lehrer gut ausgebildet? Haben die Lehrer Freude an dem, was sie tun? Wie sieht es mit kleinen Klassen aus?

Ein Ziel des Koalitionsvertrags ist es, die Größe der Klassen am Ende der Legislaturperiode auf maximal 25 Kinder in Grundschulen zu reduzieren. Ihnen ist wahrscheinlich bekannt, dass wir derzeit einen Schnitt von 22,7 Kinder pro Grundschulklasse haben. Dies bedeutet, dass bei einer Reduzierung der Höchstgrenze auf 25 Kinder pro Grundschulklasse der Schnitt ebenfalls sinkt. Es wundert mich jedoch besonders, dass die Mehrheit in Deutschland, die kein anderes Schulsystem fordert, ignoriert wird. Erst kürzlich haben wir die Forsa-Umfrage gelesen. Sie werden sie alle gelesen haben. Daraus wissen wir, dass nur 31 % der Befragten die Abschaffung des bisherigen Bildungssystems wünschen. Das bedeutet, 69 % sind durchaus zufrieden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich gebe zu, ich hätte gerne eine Wahlzustimmung von 69 %. Nun denn, wir wissen aus derselben Studie, dass 29 % der Meinung sind, dass die Einheitsschule eine Verbesserung des Systems bedeutet. - Manche mögen mit 29 % Wahlergebnis auch zufrieden sein.

Die Bürgerinnen und Bürger zeigen aus meiner Sicht eine große Weitsicht; denn die Gleichheit von Menschen gibt es nicht. Wir sind nicht alle gleich. Wir sind begabungsmäßig unterschiedlich, und deswegen brauchen wir auch ein begabungs- und leistungsorientiertes Schulwesen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum machen Sie dann alle gleich?)

Ich kann feststellen, dass jeder Schulabschluss etwas wert ist. Würden wir das Niveau des Abiturs so weit senken, dass jeder mitkommt, wäre das Abitur nicht mehr das Gleiche wert, was es heute wert ist. Davon hat dann weder der Starke noch der Schwache etwas.

(Beifall bei der CSU)

Josef Kraus, immerhin Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, schreibt in seinem Buch "Ist die Bildung noch zu retten?" - im Übrigen auch für die Opposition eine ausgezeichnete Lektüre:

Auch in der Schule soll es sein wie beim Hundert-Meter-Lauf. Am Start stehen alle auf einer Linie, und alle sollen optimal trainiert sein. Am Zieleinlauf mag es aber den Langsameren und den Schnelleren geben. Den Menschen geht es nämlich nicht besser, wenn alle gleichzeitig am Ziel sind.

So Josef Kraus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie kennen die entsprechenden Aussagen des Bayerischen Philologenverbandes, der sich deutlich hinter den Übertritt nach der vierten Klasse stellt. Der Bayerische Real-schullehrerverband - brlv - macht es im Übrigen ebenso. Das wissen Sie.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Das wissen Sie, und Sie wissen auch, dass darauf hingewiesen wird, dass wir uns an den Entwicklungspsychologen und den Begabungsforschern orientieren müssen. Es macht also wenig Sinn, dass jeder aus dem Bauch heraus sagt, dass das für alle gilt, was man selbst an einer Schule erlebt hat.

Ich darf Ihnen Prof. Dr. Marcus Hasselhorn in Erinnerung rufen. Er sagt, entwicklungspsychologisch sei die Verlängerung der Grundschulzeiten nicht sinnvoll und selbst eine sechsjährige gemeinsame Primarschule habe für die meisten Kinder mehr Entwicklungsnachteile als -vorteile. Herr Hasselhorn war immerhin bis 2008 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Na und!)

Sie kennen auch die Studie der Gehirnforscher, die klar sagen, mit zehn Jahren könne man die Begabungsstruktur von Kindern gut erkennen und die Verschiebung des Übertritts insbesondere in die Pubertät wäre durchaus schwierig, weil man dann bei der Prognose sehr unsicher wäre. Sie kennen sicherlich auch Prof. Roeder, der in seinen Arbeiten herausfinden konnte, dass viele Kinder, die in der vierten Klasse eine Gymnasialeignung zeigen, diese später in der Form nicht mehr zeigen und wieder verloren haben, wenn sie eine längere gemeinsame Schulzeit hatten.

Zum Titel der heutigen Aktuellen Stunde sind wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest in einem einig: Wir wollen die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Bildungspolitik stellen. Umso weniger kann ich verstehen, warum wir eine Einheitsschule schaffen sollen, weil genau dort nicht individuell gefördert wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Mich macht das auch ärgerlich, wenn in den Überschriften von "Auslese" geredet wird, denn wir lesen nicht aus, sondern wir fördern individuell.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, nach unten!)

Man wird den Kindern nur gerecht, wenn man nicht alle in einen Topf wirft.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen auch: Die Übertrittsempfehlungen von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern stimmen zu einem sehr hohen Prozentsatz. Trotzdem haben wir sehr viele Eltern, die ihre Kinder entgegen der ausdrücklichen Empfehlung auf das Gymnasium schicken. Man kann es dem bayerischen Schulsystem nicht anlasten, wenn diese Kinder später das Abitur nicht schaffen.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden überlegen müssen, wie wir Eltern in die Lage versetzen können, die Fähigkeiten ihrer Kinder richtig zu bemessen und sie an die Schulart zu schicken, wo sie richtig

aufgehoben sind und wo es weniger um den Wunsch geht, was das eigene Kind schaffen soll. Kollege RÜth wird später etwas über die Durchlässigkeit des Systems sagen. Deshalb erspare ich mir das an dieser Stelle.

Kollege Gehring hat vorhin die Pisa-Studie 2000 zitiert und gesagt, dass es ein Arbeiterkind sechsmal schwerer habe, auf das Gymnasium gehen zu können. Kollege Gehring hat anscheinend die Fortschreibung der Pisa-Studie von 2006 verpasst. Danach ist es nur noch dreimal so schwer, was im Übrigen im deutschen Durchschnitt liegt. Das heißt nicht zwingend, dass ich damit zufrieden wäre. Wir werden miteinander daran arbeiten müssen, dass die Chancengerechtigkeit weiter verbessert wird. Das tun wir im frühkindlichen Bereich mit der Sprachförderung, und wir müssen Weiteres tun, wenn gleich jeder, der ehrlich ist, zugeben muss, dass es eine Gleichheit nicht geben wird. Die gleichen Chancen haben wir aufgrund unserer Herkunft und unserer Vielfalt nicht. Dennoch muss das Ziel sein, die Chancen maximal anzugleichen.

Anhand der Life-Studie von Fend wurde bereits 2007 festgestellt, dass die Arbeiterkinder über das gegliederte Schulwesen eine größere Chance auf den Hochschulabschluss haben als in den Gesamtschulen. Warum also sollen wir das Schulsystem verändern?

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass immer wieder die Angst der Schüler vor dem Übertritt angeführt wird. Sie kennen alle die Umfragewerte der Universität Dortmund, wonach der weit überwiegende Teil der Schüler sich darauf freut, ins Gymnasium über-treten zu dürfen, und nur 7,7 % Sorge haben. Wir müssen uns um jeden Einzelnen dieser 7,7 % kümmern. Das ist keine Frage. Dennoch sollten wir nicht außer Acht lassen, dass sich die Mehrheit offensichtlich freut.

Die flexible Grundschule - das wissen Sie - ist der richtige Weg, um flexibel und individuell zu fördern. Sie wissen auch, dass Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen im Schulvergleich innerhalb Deutschlands beim differenzierten System sehr gute Schulleistungen aufzuweisen. Sie kennen sicher auch die Aussage, mit der ich schließen möchte:

"Nicht das Bewährte muss sich vor dem Neuen, sondern das Neue vor dem Bewährten beweisen und seine Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit beweisen."

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster Redner hat Kollege Martin Güll das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Martin Güll (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schreyer-Stäblein, mir war das eine Spur zu arrogant.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte nicht, dass Sie unsere Schlussfolgerungen teilen, die ich gleich ziehen werde und die auch Herr Gehring und andere ziehen. Ich kann aber von der Regierungskoalition schon erwarten, dass nicht nur Professoren, Wissenschaftler und Fachleute zitiert werden, sondern dass auch Realitäten zur Kenntnis genommen werden. Realitäten können positiv oder negativ sein. Sie können durchaus recht haben, dass es Kinder gibt, die mit der Systematik der Grundschule keine Probleme haben. - Auch mein eigenes Kind hatte keine Probleme. Genauso richtig ist es jedoch, dass es sehr viele und zunehmend mehr Kinder gibt, die massive Probleme haben, die vierte Klasse vernünftig zu durchlaufen. Das sind Tatsachen. Wir wollen uns nicht streiten, ob das von einer Klasse mit 25 Kindern 10, 15, 12 oder auch nur 5 Kinder sind, weil jedes Kind, das darunter leidet, eines zu viel ist.

Sie sagten, entscheidend sei nicht, wo man etwas gelernt habe, sondern was man gelernt habe. Das mag zunächst richtig sein. Was glauben Sie denn, was die Eltern vermuten, wo man das Richtige lernt? - Nicht in der Hauptschule beispielsweise. Sie vermuten, das bekommen die Kinder im Gymnasium. Deswegen ist der Schluss nicht richtig, dass die Eltern den Druck und die Problematik erzeugen, sondern der Schluss ist richtig, dass das System der jetzigen Schulsituation diesen Druck erzeugt und die Eltern sich nur so verhalten, wie das System ist. Deshalb ist dieses Verhalten legitim,

und jeder von uns würde sich genauso verhalten und sich bemühen, dem Kind die bestmögliche Bildung zu geben. Wenn man diese am Gymnasium vermutet, wird man alles tun, um sein Kind dorthin zu bringen. - Das war die Vorrede.

Ich will weder die Wissenschaft noch die vielen Berichte von Schulleitern und Lehrkräften zitieren, die uns glaubwürdig erzählen, wie die Kinder leiden, wie Kinder Pharmaka nehmen müssen, von Schlafstörungen geplagt sind, denn die Kinder können nichts dafür. Sie sind die Ausführenden des Systems. Sie müssen das erleiden.

Ich kenne viele Berichte von Lehrkräften, wonach in der vierten Klasse kein vernünftiger Unterricht mehr gemacht werden kann, weil jede Unterrichtsaktivität mit der Frage belegt wird, ob man darauf Noten bekommt. Wenn ich keine Noten bekomme, dann tue ich auch nichts. - Sehen wir uns die Situation an einer oberbayerischen Grundschule an, einer Schule im ländlichen Raum. Von 78 Viertklässlern gehen 12 in die Hauptschule. 12 gehen also in die Hauptschule. Ich spreche hier nicht von München. Was glauben Sie wohl, was das bei den 12 Kindern auslöst, die in keine andere Schule wechseln können, was es für diese Kinder bedeutet, wenn sie in diesem Prozess hinten bleiben? Was glauben Sie, was passiert, wenn die anderen, die es geschafft haben, in eine andere Schule zu kommen, zu diesen Kindern sagen - sei es mutwillig oder im Spaß: Du, du schaffst es sowieso nur auf die Hauptschule, du bist ein "Loser". - Das sind Erfahrungen, die diese jungen Menschen nicht so schnell vergessen werden.

Sie heben immer sehr schnell auf das Argument ab, das liege nicht am Schulsystem, sondern an den Einflüssen von außen. Man könnte nun sagen, wenn es gelänge, eine Auslese - ich bleibe bei diesem Wort, auch wenn Sie es nicht so gerne hören - kindgerecht zu machen, dann könnte man durchaus eine Auslese durchführen. Es ist aber nicht möglich, die Auslese so zu gestalten, dass sie prognosesicher geschieht. Was heißt prognosesicher? - Prognosesicher würde bedeuten, dass die Kinder an dem Schulort bleiben können, wo man sie eingeschult hat, wenn sie das Ziel dort auch erreichen können. Wenn diese Prognosesicherheit aber nicht gegeben ist, dann muss man sich schon fragen, ob das Instrumentarium das richtige ist.

In Zeiten wie diesen, wo Übertrittszeugnisse verteilt werden, sagen Interessenvertreter wie beispielsweise der Philologenverband: Es ist alles in Ordnung, der Übertritt nach der vierten Klasse ist sinnvoll, der größte Teil der Schüler hat keine Angst, sie freuen sich auf die neuen Schulen. Es ist klar, dass man in solchen Zeiten die Fachleute zitiert, die diese Haltung bestätigen. Es ist aber auch klar, dass die Interessenvertreter, die nah an den Kindern sind - ich nehme jetzt beispielweise den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband - sagen, die Korrekturen des Übertrittsverfahrens sind nicht zielführend gewesen, denn sie haben keine Entlastung der Kinder gebracht.

Herr Minister Spaenle, warum haben Sie eigentlich das Übertrittsverfahren geändert, wenn alles so richtig und sicher ist? Dann hätten Sie doch hier sagen können: Wir bleiben dabei. Es ist aber das Gegenteil passiert: Der Druck der Eltern ist so groß gewesen, dass die Politik reagieren musste und sagte: An dieser Stellschraube müssen wir weiter nach unten drehen. Mittlerweile kann man fast nicht mehr verhindern, einen Durchschnitt von 2,66 zu bekommen. Damit ist man mindestens für die Realschule geeignet. Mit einer prognosesicheren oder einer kindgerechten Auslese hat das aber wirklich nichts zu tun.

Ich will es mir nicht verkneifen, nun doch noch auf ein paar Fachaussagen hinzuweisen. Ist es nicht interessant, dass es mittlerweile enorme Begabungsüberlappungen in der Fachleistung gibt? Man spricht von mindestens 25 %. Das bedeutet, 25 % des unteren Gymnasialbereichs entsprechen der Begabungsstruktur von 25 % des oberen Hauptschulbereichs. Ist es dann nicht wahnsinnig, wenn wir eine Zuteilung in verschiedene Schubladen mit dem Notendurchschnitt 2,33 oder 2,66 aufrechterhalten? - Es ist doch längst bewiesen, dass man so keine sichere Prognose gewinnen kann. In Bayern sind einzig Noten Voraussetzung dafür, in eine andere Schule zu wechseln. Es ist belegt, dass sich die Noten in einer Klasse immer an der mittleren Schulleistung orientieren. Ein Schüler, der in einer sehr guten Klasse ist, hat damit wesentlich schlechtere Möglichkeiten. Der Druck in einer solchen Klasse ist wesentlich härter und größer.

Es bleibt die Frage: Was ist zu tun? Frau Schreyer-Stäblein, für mich stellt sich die Strukturfrage erst an zweiter Stelle. Die erste Frage ist für mich: Welches ist die Bau-

stelle, welches Ziel wollen wir erreichen? Ich hoffe, hier sind wir uns einig: Das Ziel ist das Kind, das Kind steht im Mittelpunkt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Das Kind muss eine individuelle Förderung erfahren, und zwar zu jeder Zeit. Erst wenn das Kind eine individuelle Förderung erfährt, kann es begabungsgerecht beschult werden, nur dann kann es Erfolg haben. Ich muss mir deshalb die Frage stellen, ob das in diesem System möglich ist oder ob es in einem anderen System besser möglich wäre. Sie werden sich nicht wundern, dass wir zu dem Schluss kommen, eine individuelle, bedarfsgerechte Förderung kann man in einem gegliederten Schulsystem schlechter vollziehen als in einem integrativen System. Außerdem wollen wir endlich mit dem Märchen aufhören, dass eine integrative Beschulung ein Einheitsbrei sei. Was hat das damit zu tun? Wenn die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen, dann muss das kein Einheitsbrei sein. Andernfalls wäre die Grundschule als die einzige gemeinsame Lernzeit ebenfalls nur ein Einheitsbrei. Das ist aber mitnichten der Fall. An den Grundschulen wird eine vernünftige, leistungsorientierte Arbeit gemacht.

Wenn wir also schlussfolgern, dass die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen sollen, dann müssen sie in dieser Zeit ein ihrer Begabung entsprechendes Lernangebot bekommen. Wie wir das organisieren, darüber kann man trefflich streiten. Das können wir gerne tun. Die Tatsache aber, dass man gemeinsam lernt, dass der Starke vom Schwachen lernt und umgekehrt, das muss unser Ziel sein. Das bedeutet nicht die gleichen Lernziele oder eine gleichschrittige Vorgehensweise. Die Untersuchungen belegen aber, dass man nach einer vorausgegangenen inhaltlichen Bestimmung eine andere Struktur erhält. So könnte man auch in Bayern richtig liegen. Ich habe keine Lust auf ideologische Debatten, ich habe aber sehr wohl Lust darauf, zu diskutieren, wie wir Kinder besser fördern und wie wir den Kindern besser gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir das mit unserem jetzigen gegliederten Schulsystem nicht schaffen werden.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Die Forderung der heutigen Aktuellen Stunde ist deshalb mehr als überfällig: Schluss mit der Übertrittsauslese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren. - Diese Forderung hat meine Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Eva Gottstein (FW):** Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die heutige Pressemitteilung des Kultusministeriums ansehe, dann lese ich dort:

Kultusminister Spaenle startet Monitoring zum Übergang der Grundschüler an die weiterführenden Schulen mit repräsentativer Online-Erhebung - Gespräche mit Schulleitungen und Eltern.

Ich sehne mich zwar nicht selten nach meiner Zeit als Lehrerin bzw. Schulleiterin zurück, aber wenn ich so etwas lese, dann bin ich froh, dass ich nicht im Schuldienst bin. Hier liegt nämlich das Grundübel. An den Schulen erhalten wir in den letzten Jahren Papier über Papier. Wir bekommen keine Lehrer und keine kleinen Klassen. Stattdessen bekommen wir eine Flut von Mitteilungen, die sind teilweise ganz modern, so modern, dass wir sie gar nicht verstehen, und all dieses Papier landet im Papierkorb. Das ist mein erster Kritikpunkt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Aber ich möchte auch etwas zu den Damen und Herren von den GRÜNEN und der SPD sagen: Sortieren per se ist nicht negativ. Wir hätten sonst keine sportlichen Wettkämpfe, wir hätten keine Leistungswettbewerbe, beispielsweise in Musik. Wir haben täglich Wett-

bewerbe zu bestehen, im Beruf und natürlich auch in der Schule. Das darf man nicht negieren.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe von der CSU)

Der Zeitpunkt ist sicher umstritten. Der Bildungsausschuss ist gerade aus einem Land zurückgekommen - das möchte ich doch in Erinnerung rufen -, wo zunächst einmal alle einen vermeintlichen Abiturabschluss haben, und dann wird sehr wohl auf einmal gesagt, das Studium geht nur mit einer bestimmten Fächerverbindung, und die Auslese findet dann bei den 17- und 18-Jährigen statt. Ich weiß nicht, ob es für einen jungen Menschen leichter ist, in diesem Alter eine Auslese zu verkraften, nachdem er eine Zeit lang auf ein Ziel hingearbeitet hat. Er erfährt dann in diesem Alter, dass er für bestimmte Dinge nicht geeignet ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU - Zuruf von der CSU:  
Bravo!)

Jetzt komme ich aber wieder zu Herrn Kollegen Güll: Die Rahmenbedingungen stimmen nicht! Man merkt in diesem Punkt inzwischen sehr negativ das Nebeneinander in einer Koalition, die eigentlich unterschiedliche Ziele verfolgt. Die Rahmenbedingungen stimmen nicht, und darum ist diese frühe Auslese inzwischen absolut zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In der Pressemitteilung des Kultusministeriums lese ich "Zentrale Elemente des Übertrittsverfahrens ...". Hier lobt sich unser Kultusminister natürlich. Weiter ist dann die Rede von einer intensivierten Beratung der Eltern, auch über die Schullaufbahn. Ja, durch wen denn? Unsere Anträge auf mehr Personal, Beratungslehrer, Psychologen wurden abgelehnt. Die Übertrittsempfehlung für alle Kinder ist das einzig Gute und Neue an dem Ganzen. Der Probeunterricht findet nach wie vor nicht mithilfe der Grundschullehrer statt. Doch - einen einzigen Grundschullehrer pro Schule gibt es jetzt wieder, aber nicht etwa

einen Grundschullehrer pro Gruppe. Das wäre wichtig gewesen, um eine Prognose zu erleichtern.

Die stärkere Einbindung des Elternwillens ist doch auch nichts Neues. Schon bisher konnten die Eltern nach einem Beratungsgespräch entscheiden. Die Tatsache, dass wir kleine Klassen brauchen, gehen Sie aber nicht an; dazu stehen Sie nicht. Sie haben die Übertrittsbedingungen aufgeweicht, ohne die Rahmenbedingungen zu ändern. Dreißig Jahre lang waren Kinder mit einem Durchschnitt von 2,66 bedingt geeignet; ab heuer sind sie geeignet. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen das jetzt anders ist, wegen der Klimaveränderung vielleicht? Jedenfalls nicht, weil die Kinder besser gefördert werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Probenplan ist völlig unpädagogisch. Das haben wir hier, an dieser Stelle auch schon des Öfteren festgestellt. Er ist in keiner Weise kindgerecht.

In der Pressemitteilung der FDP lese ich, dass sich mit der Gelenkklasse ganz viel geändert hat, weil gefördert wird. Es gibt in Bayern 57 Lehrer für die zukünftigen fünften Klassen, es gibt 64 Lehrkräfte, die für den zusätzlichen Förderunterricht in den sechsten Klassen zuständig sind. Das ist die künftige Gelenkklasse, aber in den Übertrittsbedingungen heißt es: Wer im Halbjahreszeugnis der fünften Klasse einen Schnitt von 2,33 hat, ist für die Realschule geeignet. Hier wird wirklich noch einmal selektiert. Das ist höchst unausgegoren und verunsichert die Eltern und die Lehrer. Dadurch haben wir inzwischen fast eine Hysterie in der Bevölkerung, die dem Ganzen nicht mehr angemessen ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir alle wissen: Die soziale Ungerechtigkeit beginnt mit der frühkindlichen Bildung. Ich bitte, den Fokus darauf zu richten: Kein Land gibt so wenig Geld für die frühkindliche Bildung aus wie wir. Wir wissen das; dieses Problem müssen wir wesentlich stärker angehen, um Chancengleichheit zu schaffen. Dann müssen die Rahmenbedingungen

deutlich verbessert werden. Wir geben uns da nicht mit den Zahlen zufrieden, die uns CSU und FDP liefern. Wenn wir kleinere Klassen haben, wenn wir motivierte Lehrer haben - und die sind automatisch motivierter, wenn sie kleinere Klassen haben - und wenn wir in der frühkindlichen Bildung entsprechend ansetzen, können wir uns eine Diskussion wie die heutige eigentlich sparen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. Als Nächste hat Frau Kollegin Renate Will das Wort. - Bitte schön, Frau Will.

**Renate Will (FDP):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute durch diese Aktuelle Stunde die Gelegenheit haben, mit einigen Behauptungen aufzuräumen, die in den letzten Tagen in der Presse kursierten. Für die vierte Klasse wurde eine Richtzahl von Leistungsnachweisen definiert. Wohlgemerkt: Es handelt sich um eine Richtzahl, nicht um eine Muss-Zahl. Die Leistungsnachweise werden angesagt. Fakt ist: Diese Regelung erlaubt die Definition von Phasen ohne Prüfungen, also auch ohne Prüfungsdruck. Eltern entscheiden dann eigenverantwortlich, welche Schule ihr Kind besuchen soll.

(Eva Gottstein (FW): Ja wo denn, bei zwei Vierern?)

- Nee. Wir haben die Definition von Phasen ohne Prüfungsdruck. Die Beratung der Eltern wurde, beginnend ab der dritten Klasse, verstärkt und intensiviert.

(Eva Gottstein (FW): "Beginnend"! Das ist doch auch alles nicht neu!)

Alle Kinder erhalten eine Schullaufbahneempfehlung, damit auch Kinder aus einem sozial schwierigen Umfeld die Chance erhalten, die sie verdienen. Fakt ist: Die Eltern werden jetzt wesentlich besser über den individuellen Leistungsstand ihres Kindes informiert. Wohlgemerkt: ab der dritten Klasse!

(Eva Gottstein (FW): Das war doch vorher schon genauso! Was habe ich denn in den letzten Jahrzehnten als Lehrerin gemacht?)

Im Probeunterricht reichen künftig zwei Vierer, Frau Gottstein, in Deutsch und Mathematik.

(Eva Gottstein (FW): Bei zwei Vierern, das war bisher doch schon genauso!)

Das reicht für den Übertritt. Dann entscheiden die Eltern eigenverantwortlich darüber, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Fakt ist also: Der Elternwille wurde gestärkt. Ob das immer so gut ist, ist eine andere Frage.

(Walter Taubeneder (CSU): Sehr richtig!)

Gegen die von Ihnen geforderte Freigabe des Elternwillens sprechen sich Experten mit guten Gründen aus, zum Beispiel der deutsche "Mr. Pisa" Jürgen Baumert. Statistiken belegen nämlich, dass Kinder, die mit mäßigen Leistungen im Probeunterricht aufs Gymnasium wechseln, bis zur 10. Klasse überdurchschnittlich oft scheitern. Ich will nicht verschweigen, dass ich hier auch die Eltern in einer besonderen pädagogischen Verantwortung sehe. Eltern wollen sicher immer das Beste für ihr Kind. Ob dies beim Streit um den Übertritt aber immer das Richtige ist, möge hier infrage gestellt sein. Unser Ziel muss sein, dass jedes Kind auf die Schule gehen kann, die zu ihm passt, um sich dort entsprechend seinen Begabungen bestmöglich entfalten zu können, vor allem möglichst ohne zu wiederholen. So soll jedes Kind den ihm entsprechenden Abschluss erreichen; denn auch heute ist nichts verbaut, wenn das Kind nicht auf Anhieb den Sprung auf Realschule oder Gymnasium schafft. Das bayerische Schulsystem ist durchlässiger geworden.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Das ist es doch schon seit zwanzig Jahren!  
- Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Es ist durchlässiger geworden mit der Möglichkeit zum Aufstieg. Das ist unser wichtigster Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit.

(Eva Gottstein (FW): Bei 2,0 war das immer schon möglich, seit zwanzig Jahren!)

Richtig ist sicher - das will ich nicht verschweigen -, dass uns Liberalen die Einführung einer sechsjährigen Primarschule mit einer Orientierungsphase in der fünften und sechsten Klasse lieber gewesen wäre. Das will ich nicht verschweigen. Ich weiß auch, dass das noch Zukunftsmusik ist für die Zeit nach 2013. Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Politik kein Wunschkonzert, bei dem jeder seine Vorstellungen 1 : 1 umsetzen kann. Aber, Frau Gottstein, ein erster ermutigender Schritt hin zu unserem bevorzugten Modell ist die Einführung der sogenannten Gelenkklassen in allen Schularten.

(Eva Gottstein (FW): Die ist doch so was von stümperhaft!)

Bei den Gelenkklassen übernehmen die fünften Klassen aller Schularten eine Brückenfunktion. Das ist uns wichtig. Die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule und der Realschule werden in diesem Jahr so gefördert, dass sie eine zweite Chance zum Übertritt erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Im Idealfall steigen sie dank des Gelenks und bei entsprechender Förderung direkt in die sechste Klasse von Realschule oder Gymnasium auf,

(Eva Gottstein (FW): Bei 57 Lehrern in Bayern?)

ohne einen bestimmten Notenschnitt haben zu müssen oder eine fünfte Klasse wiederholen zu müssen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt in Richtung mehr Chancengerechtigkeit.

(Eva Gottstein (FW): Wir gehen nächstes Jahr einmal gemeinsam in die fünften Klassen und schauen uns das an!)

- Ja, das können Sie machen. Das ist keine Auslese, im Gegenteil: So sieht begabungsgerechte Förderung aus.

Damit dieses Scharnier in den fünften Klassen auch wirklich funktionieren kann, sind noch erhebliche Vorarbeiten notwendig. Jetzt ist das Ministerium am Zug, die Lehrpläne in einzelnen Kernfächern zu harmonisieren.

(Eva Gottstein (FW): Das fordern die Freien Wähler!)

Wir dürfen da natürlich keine Zeit verlieren, damit Sie nächstes Jahr auch die Erfolge sehen können. Die Lehrpläne müssen so gestaltet sein, dass sie in den Inhalten angeglichen werden.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Kollegin, darf ich Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern? - Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

**Renate Will (FDP):** In der Didaktik orientieren sich die Lehrerinnen und Lehrer weiter an den Anforderungen der jeweiligen Schulart. Die Gelenkklasse eröffnet zudem eine weitere, sehr überlegenswerte Option; denn wir wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,

(Zurufe von den GRÜNEN)

frühkindliche Bildung fördern. Dann hätten wir mit einem Vorschuljahr, mit vier Jahren Grundschule und einem Jahr Gelenkklasse, möglichst in der Grundschule - das gebe ich zu, das wäre unser Wunsch - die sechs Jahre Primarschule erreicht.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Wir wollen auch zwei Minuten überziehen dürfen!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Frau Kollegin Will. Nachdem Sie ständig gestört worden sind, habe ich Sie Ihre Redezeit etwas überziehen lassen. Als Nächster hat Herr Kollege Rüth das Wort.

**Berthold Rüth (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein jüngster Sohn Vinzenz hat gestern sein Übertrittszeugnis erhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Ganz der Papa!)

Insofern kann ich das, was Sie heute theoretisch behandelt haben, praktisch nachvollziehen. Ich weiß, wie Väter fühlen. Ich weiß, wie Mütter fühlen. Ich weiß auch, wie sich die Kinder fühlen.

(Eva Gottstein (FW): Das glaube ich nicht!)

Die Kinder sind alle hoch motiviert. In der Regel haben sie alle sehr gute Noten. Die Kinder wurden von ihrem Lehrer gut gelenkt und sind mit dem, was ihnen im Zeugnis attestiert wurde, zufrieden.

Meine Damen und Herren, die angesagten Leistungsnachweise werden begrüßt. Ich habe Mütter nach ihrer Meinung dazu gefragt. Sie haben gesagt: Das ist Klasse. Wir kriegen sieben Tage vorher die Ansage, wann was gemacht wird. Dann gibt es eine Zeit, in der Ruhe an der Schule ist. Dann folgt wieder eine Zeit, in der wir wissen, dass eine Probe geschrieben wird. Lieber Herr Kollege Gehring, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass ein Arbeiterkind im Jahr 2002 eine siebenmal schlechtere Chance gehabt hätte, das Abitur zu machen. Das ist eine alte und falsche Zahl. Es gibt neuere Zahlen. Ich bitte Sie deshalb, nicht mehr diese alten Zahlen zu verwenden, sondern die aktuellen. Die Chancen sind deutlich besser geworden. Sie sind zwar noch dreimal schlechter, aber das ist deutlich besser als früher. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

- Herr Präsident, ich sehe die Uhr laufen. Ich spreche für Herrn Kollegen Eisenreich mit. Insofern dürfen Sie gerne noch fünf Minuten draufschlagen. Ich habe demnach jetzt noch acht Minuten und 24 Sekunden.

Meine Damen und Herren, vor mittlerweile zwölf Jahren hat der damalige Bundespräsident Dr. Roman Herzog gesagt, dass wir im Bildungssystem und in der Bildungspolitik einen neuen Aufbruch bräuchten. Er sagte: Ich glaube an die Zukunft eines Bildungssystems, das sich durch sechs Eigenschaften auszeichnet: Es muss wertorientiert,

praxisbezogen, international und vielgestaltig sein. Es muss Wettbewerb zulassen und mit der Ressource Zeit vernünftig umgehen.

Sie und auch ich haben diesen Forderungen zugestimmt. Wir haben gesehen, dass die Erfüllung dieser Ansprüche eine zentrale Voraussetzung für eine gute Zukunft unseres Bildungssystems ist. Ich glaube aber, dass die GRÜNEN eine andere Auffassung vertreten; denn ihre Bildungspolitik entspricht den von Dr. Roman Herzog geforderten Eigenschaften in vielen Punkten nicht. Ich nenne drei Beispiele: Während Dr. Roman Herzog ein wertorientiertes Bildungssystem fordert, haben sich die GRÜNEN im Sommer des Jahres 2008 auf ihrem Parteitag dafür ausgesprochen, die Kreuze aus den Klassenzimmern zu entfernen. Dieser Beschluss ist bis heute gültig.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Während Dr. Roman Herzog ein Bildungssystem fordert, das Wettbewerb zulässt, können die GRÜNEN mit Wettbewerb im Bildungssystem überhaupt nichts anfangen. Das zeigt der vorliegende Antrag. Während Dr. Roman Herzog ein vielgestaltiges Bildungssystem fordert, träumen die GRÜNEN noch immer den süßen Traum eines einheitlichen, gleichmacherischen Bildungssystems. Um diesen Traum zu verwirklichen, wollen sie jetzt die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre verlängern. Das würde bedeuten, dass aus dem G 8 ein G 6 und aus der R 6 eine R 4 würde. Die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und Realschulen hätten rund ein Drittel weniger Förderung und - sobald es an die Abschlüsse geht - weniger Zeit und einen viel höheren Leistungsdruck. Eine weitere Forderung Dr. Roman Herzogs, mit der Ressource Zeit vernünftig umzugehen, würde damit auf den Kopf gestellt.

Nach eingehender Abwägung aller Argumente bin ich davon überzeugt, dass die von den GRÜNEN geforderte Verlängerung der Grundschulzeit um 50 % ein waghalsiges Experiment wäre, das auf dem Rücken unserer Schülerinnen und Schüler ausgetragen würde und von dem man schon jetzt weiß, dass es schiefgehen muss. Die große Mehrheit der Eltern ist gegen eine Verlängerung der Grundschulzeit. Das hat die jüngste

Forsa-Umfrage in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll gezeigt. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind sehr klar und deutlich: Kein Mensch will eine Verlängerung der Grundschulzeit.

Meine Damen und Herren, wie Frau Kollegin Schreyer-Stäblein bereits ausgeführt hat, ist es erklärtes Ziel der CSU-Landtagsfraktion, den Schülerinnen und Schülern den Übertritt auf die weiterführenden Schulen zu erleichtern. Deshalb wird die fünfte Klasse in eine Gelenkklasse umgewandelt, in der die Schüler an den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verstärkt individuell gefördert werden. Diese Förderstunden an allen weiterführenden Schularten haben zwei Zielsetzungen: Sie erleichtern leistungsschwächeren Schülern, die dem Anforderungsniveau der Schule grundsätzlich gewachsen sind, den Verbleib an einer Schule. Leistungsstärkere Schüler an Haupt- und Realschulen können unterstützt werden, um sie für einen möglichen aufsteigenden Übertritt an eine andere Schulart vorzubereiten.

Das neue Verfahren ermöglicht den Schülerinnen und Schülern damit noch mehr Wege, sich begabungsgerecht zu entfalten. Das ist natürlich auch im Interesse der bayerischen Eltern. Ich möchte außerdem betonen, dass das bayerische Bildungssystem bereits bisher ein hohes Maß an Durchlässigkeit besaß. Die Behauptung, die Entscheidung nach der vierten Klasse würde die gesamte Karriere beeinflussen, ist schlichtweg falsch. Wir wissen, dass über 40 % der bayerischen Hochschul- und Fachhochschulzugangsberechtigungen nicht über das klassische Abitur, sondern über die FOS, die BOS oder die Meisterausbildung erworben wurden. Insgesamt gibt es 15 Möglichkeiten, um zu einem Studium zu kommen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Rüth, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit bereits überzogen haben. Leider ist es nicht möglich, dass Sie das Redekontingent des Herrn Kollegen Eisenreich übernehmen, da bereits eine Kollegin Ihrer Fraktion die Möglichkeit, zehn Minuten zu sprechen, wahrgenommen hat. Deshalb möchte ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Berthold Rüth (CSU):** Ich bin der Meinung, dass wir keine Experimente brauchen. Der Antrag der GRÜNEN sollte nicht umgesetzt werden. Was sich bewährt hat, ist gut und sollte fortgeführt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als letztem Redner erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort.

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen sehr dankbar dafür, dass das Thema Übertritt zum jetzigen Zeitpunkt im Hohen Hause besprochen werden kann.

Im Mittelpunkt des Übertrittsverfahrens steht die Lebenschance des einzelnen Kindes, einen ihm gerechten Bildungsweg und eine ihm gerechte Bildungslaufbahn beschreiten zu können. Die Güterabwägung bei der Frage, wie lange die gemeinsame Schulzeit dauern soll, muss darin bestehen, die Vorzüge einer der leistungsstärksten Grundschulen Deutschlands, nämlich der bayerischen Grundschule, mit den Vorteilen eines differenzierten Bildungswesens auf gleiche Augenhöhe zu stellen. Ich sehe im Kern keine ideologisch verfestigten Prinzipien für eine vierjährige, fünfjährige oder sechsjährige Grundschulzeit. Die Lokalisierung dieses Zeitpunkts auf das Ende der vierten Jahrgangsstufe ist pädagogisch verantwortlich.

Wir haben den Übertritt, der vielerorts als Druck empfunden wurde, grundlegend neu strukturiert und weiterentwickelt.

(Eva Gottstein (FW): Das stimmt aber nicht!)

Unser Gedanke war, die Übertrittsphase von der dritten bis zur fünften Jahrgangsstufe als einen begleitenden Weg zu gestalten. Das Kind erhält in der Grundschule, also der abgebenden Schule, den pädagogischen Hinweis der Übertrittsempfehlung und wird an der aufnehmenden Schule über den Probeunterricht bewertet und beurteilt. Frau Kollegin Gottstein, Sie kennen die Realschule. Dort war es bisher möglich, bei zwei Vierern

im Zeugnis den Elternwillen zu berücksichtigen. Dieses positive Beispiel haben wir für alle weiterführenden Schulen übernommen.

(Eva Gottstein (FW): Das war kein positives Beispiel!)

Wir haben also in Bayern beim Übertrittsverfahren einen Paradigmenwechsel vorgenommen. Die Letztentscheidung für die Wahl der Schullaufbahn liegt jetzt am Ende der vierten Klasse in den Händen der Eltern. Die Eltern werden in die Verantwortung einbezogen.

Wir wissen aber auch, dass ab dem ersten Tag des fünften Schuljahres, unabhängig von der weiterführenden Schulart, die Lerngeschwindigkeit und die Lernintensität eine große Rolle spielen. Herr Kollege Güll und Herr Kollege Gehring, Bayern hat nicht den Weg eingeschlagen, die Numerik zu verschärfen. Das Land Sachsen hat die für den Übertritt an das Gymnasium erforderliche Durchschnittsnote auf 2,0 angehoben. Wir gehen den Weg eines verantwortlichen Miteinanders. Die erfahrene betreuende Grundschullehrkraft, die das Kind zwei Jahre lang begleitet hat, ermittelt eine Gesamtnote der Fächer Deutsch, Rechnen und Heimat- und Sachkunde. Wir hatten im Zuge der Weiterentwicklung des Übertrittsverfahrens in der Koalition überlegt, ob man dies auf Deutsch und Rechnen fokussiert. Wir haben diesen Weg ausdrücklich nicht eingeschlagen, weil wir im Heimat- und Sachkundeunterricht kreative und musische Kompetenzen des Kindes mit abbilden können. Das heißt, wir können in der gemittelten Übertrittsnote den Leistungsgang, den Leistungsstand und die Leistungskompetenz eines jungen Menschen am Ende einer zweijährigen Beobachtungs- und Begleitungsphase durch die Grundschullehrkraft den Eltern auf den Tisch legen. Wir haben eben unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Lernintensität in den unterschiedlichen Schularten. Das ist Bezug nehmend auf die fünfte Klasse der Unterschied.

Das Zweite ist die Beurteilung durch die aufnehmende Schulart, wenn aufgrund der Übergangsnote kein Zugang erreicht werden konnte. Im Probeunterricht, der landesweit zentrale Anforderungen stellt, wird die Beurteilung durch die aufnehmende Schulart den

Eltern als zweite Entscheidungshilfe an die Hand gegeben. Wir sind der tiefen Überzeugung, dass die pädagogisch gewichteten Hinweise für eine verantwortliche Schullaufbahnwahl zu diesem Zeitpunkt richtig sind und beibehalten werden sollen, weil an den weiterführenden Schulen unterschiedliche Anforderungsprofile bestehen. Ich halte die Bezeichnung mit weniger Kognitivem und Ähnlichem für völlig abwegig.

Es ist aber notwendig, die Verantwortung der Eltern mit in die Wahl der Schullaufbahn einzubeziehen. Kindern mit zwei Vierern in Vorrückungsfächern, in Deutsch und Rechnen, den Weg in eine weiterführende Schule außer der Hauptschule zu diesem Zeitpunkt zu eröffnen, ist von den Anforderungsprofilen her ambitioniert. Deshalb ist die Einbeziehung der elterlichen Verantwortung richtig.

Wir wollen dieses weiterentwickelte Übertrittsverfahren - ähnlich wie die Umsetzung der gymnasialen Oberstufe begleitet worden ist - mit einem landesweiten mehrstufigen Monitoring-Verfahren umfassend begleiten. Wir werden das an mehreren Hundert Grundschulen mit entsprechend online-gestützten Umfrageelementen machen. Ich selber habe damit begonnen und werde mit dem Herrn Staatssekretär in den kommenden Wochen - bis in den Herbst hinein - alle Leiterinnen und Leiter von Grundschulen in ganz Bayern in entsprechenden Gesprächsrunden persönlich über ihre Erfahrungen mit diesen veränderten Bedingungen befragen. Ich freue mich, wenn wir die Erfahrungen, die wir bei den Gymnasien mit diesen Elementen gesammelt haben, auch bei den Grundschulen zur Anwendung bringen können. Elterngespräche auf ähnlicher Basis werden dann folgen.

Wir sind der tiefen Überzeugung, dass wir notwendige, begründete und wohl abgewogene Weiterentwicklungen mit denjenigen, die in diesen Prozessen ihre Schullaufbahn gestalten, betrachten müssen. Wir wollen diese Monitoring-Strategie letztlich zu einem Grundelement bayerischer Bildungspolitik machen. Frau Kollegin Will hat zu Recht die Gelenkklasse angesprochen. Wir können in allen fünften Klassen aller weiterführenden Schularten eine völlig neue Förderkulisse und Förderkonzeption anbieten. Wir können in der Hauptschule eine Intensivierungsstunde nach dem Vorbild des Gymnasiums mit

doppelter Lehrerbesetzung in Zukunft ab der fünften Klasse anbieten. Wir wollen die individuelle Förderung gegen das Modell der Einheitsschule stellen.

Das ist die wahre politische Alternative, um die wir in diesem Lande ringen. Es ist die Frage, ob wir das differenzierte Bildungswesen mit der größeren Chancengerechtigkeit und der Möglichkeit zur Ausschöpfung aller Talente und Begabungen, verbunden mit der individuellen Begleitung durch die Schule selbst - das bedeutet einen erheblichen Ressourceneinsatz -, als das zielführendere bildungspolitische Grundmodell anbieten oder ob wir uns dem aus der Mottenkiste der Bildungspolitik wieder auftauchenden Modell der Einheits- und Gesamtschule zuwenden. Diese Grundentscheidung wird zu treffen sein. Die Frage der heute zu diesem Thema terminierten Aktuellen Stunde ist Teil dieser Grundauseinandersetzung. Ich bin sowohl dem Herrn Kollegen Güll als auch dem Kollegen Gehring dankbar, dass die Alternativen klar auf dem Tisch liegen. Wir wollen das differenzierte Bildungswesen mit einem Optimum an Möglichkeiten, seine Chancen auszuschöpfen, einem Optimum an Durchlässigkeit, und zwar mit der zweiten Seite der Medaille, nämlich einer nachhaltig weiterzuentwickelnden und verbesserten individuellen Förderung, den Eltern in diesem Lande vorstellen.

Wir können zeigen, dass sich diese Anforderungen und diese Strategie mit Zahlen hinterlegen lassen. Das ist die Intensivierungsstunde an der Hauptschule mit einer doppelten Lehrerbesetzung, die eine entsprechende Förderung beinhaltet. Das gibt es bisher in dieser Form nicht. Das ist völlig neu. Wir können eine vom Fachunterricht unabhängige Förderstunde für die fünfte Jahrgangsstufe an den Realschulen ab dem kommenden Schuljahr anbieten. Wir haben das Instrument der Intensivierungsstunde am Gymnasium, das dort zwischen 7 und 10 % des gesamten Stundenvolumens umfasst.

Wir gehen aber noch weiter: Wir wollen die Fördermöglichkeiten auch in der abgebenden Grundschule verbessern. Wir werden ab dem kommenden Schuljahr die Förderstunde in den vierten Klassen ab einer Klassenstärke von über 25 teilen können. Das heißt, wir können zum ersten Mal den Kindern und Eltern eine begabungsgerechte Wahl der Schullaufbahn mit den von den Kollegen unterstrichenen Zielen, die in der fünften Klasse

eine entsprechende Hilfe zur Entwicklung der Schullaufbahn vorsieht und mit einer verbesserten individuellen Förderkulisse in der vierten Jahrgangsstufe gekoppelt ist, anbieten. Wir begleiten diesen Weg mit einer landesweiten Monitoring-Strategie, die umfassend den gesamten Komplex dieses neu entwickelten Übertrittsverfahrens mit Eltern, Schülern und Schulleitern in den kommenden Monaten begleiten und beobachten wird.

Ich glaube, das ist im Sinne des gemeinsamen Zieles ein sehr vernünftiger Weg und die richtige Strategie, den Kindern den optimalen, individuellen Bildungsweg zu eröffnen. Wir bitten - bei aller parteipolitischen Differenz - um sachgemäße und wohlwollende Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zwischenfragen und Zwischeninterventionen sind bei Aktuellen Stunden leider nicht vorgesehen. Sie müssen sich also jetzt sozusagen bilateral über die offen gebliebenen Fragen austauschen. Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.